

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und
0.50 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifen (inkl. Postgeb.). Preis der
Eingekommene 10 Pf. — Adressat: Hannover 67 277.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Anzeigenzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 3 Uhr. Postgeb.
Hannover 67 277.

Nr. 282. Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 3. Dezember 1931. 13. Jahrgang.

Tue, was du mußt, siege oder stirb, und überlaß Gott die Entscheidung. — Arnbt.

Umschau.

Frankreich bleibt Frankreich. — Lavals Kammerrede. — Neue Goldabzüge aus Amerika. — Deutschland am Ende seiner Kraft. — Erhöhung der Umsatzsteuer. — Moskau wittert Morgenluft. — Wie man in Paris den Frieden vorbereitet.

Das ist nun das Ergebnis der neuesten deutsch-französischen Verständigungsphase: eine Sekrede des französischen Ministerpräsidenten gegen Deutschland, wie sie aufreizender und zynischer nicht gehalten werden konnte. Wenn das deutsche Volk auch jetzt noch nicht begriffen hat, woran es ist, dann ist ihm in außenpolitischer Beziehung nicht mehr zu helfen. Da aber unser innenpolitisches Durcheinander und unser soziales Elend nichts anderes als zwangsläufige Ergebnisse unserer trostlosen außenpolitischen Position sind, so können wir neben unseren außenpolitischen auch alle sonstigen Hoffnungen auf eine Besserung unserer Lage getrost fahren lassen, wenn wir nicht endlich klar und deutlich von Frankreich abdrücken, das unsere beispiellosen Opfer bisher noch immer mit Fußtritt und neuen Zugriffen beantwortet hat.

Geradezu rührend eröffnet Laval gleich zu Beginn seiner großen Kammerrede: „In Paris habe ich über eine Stunde unter vier Augen mit Dr. Brüning gesprochen. Ich kann Ihnen nicht schildern, wie ergreifend diese Unterredung war!“ Und die Welt horcht auf, ist bis ins Innerste ergriffen und wiegt sich in der Hoffnung, daß diese schönen Worte endlich die so lang erwartete Absage Lavals an die bisherige französische Politik der Unvernunft einleiten. Man sieht Frankreich und Deutschland sich gleichsam schon in den Armen liegen, das tausendjährige Reich des europäischen Völkerfriedens herausdämmern. Trügerische Hoffnung! — Denn unmittelbar nach seiner „ergreifenden“ Einleitung setzt Laval Schlag auf Schlag dem Ringen der Völker um Frieden und Wohlstand die französische These der Unvernunft, des Hasses und brutalen Machtgedankens entgegen. Die Welt ist bitter enttäuscht. Sie fühlt sich abgestoßen von dieser neuesten programmatischen Rede Lavals. Aber Laval fühlt sich stark genug, vor aller Welt die Karten Frankreichs offen aufzulegen. Frankreich schwingt die Goldpeitsche, und wehe dem Volk, das ihm nicht gefügig ist. Selbst das Dollarland Amerika wagt keinen ernsthaften Widerspruch. Die französischen Goldabzüge aus Nordamerika, die in der letzten Woche wieder so systematisch eingeleitet haben, sind in Washington nicht ohne Eindruck geblieben. Und was wollen die Franzosen? — Nun, Laval hat es deutlich genug ausgesprochen; uneingeschränkte Aufrechterhaltung des Tributsystems, uneingeschränkte Aufrechterhaltung des Versailler Diktates und rücksichtslose Abdröselung des deutschen Freiheitswillens. Leider scheinen sich sehr maßgebliche Kreise in Deutschland mit dem Gedanken zu trösten, es handle sich bei dem von Laval aufgestellten Programm lediglich um Höflichkeitserwägungen, um auf den bevorstehenden Konferenzen möglichst viel für Frankreich herauszuschlagen. Die Erfahrung aber lehrt, daß Frankreich von seinen „Höflichkeitserwägungen“ entweder überhaupt nicht oder nur gegen entsprechende politische Konzessionen abzugehen pflegt. Man möge sich also keinen Illusionen hingeben und sich lieber auch in dieser Beziehung auf den Boden der harten Tatsachen stellen, ehe man sich abermals — wie leider schon so oft — von Frankreichs unerfülllicher Machtgier aufs bitterste enttäuschen läßt. Typisch für Lavals deutsch-französische „Verständigungs“politik sind insbesondere die Sätze: „Zu den Reparationen, auf die Frankreich ein heiliges Recht hat, muß ich sagen, daß Deutschland als Schuldner eine gewisse Grösze hat.“ — Sucht bewiesen hat. Immer alles schöner zu gestalten und die nationale Aufrüstung (!) zu vervollkommen, aber in dem Augenblick, in dem man zahlen soll sich für zahlungsunfähig zu erklären, das ist die Gewohnheit Deutschlands.“ Es ist dies eine Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten, wie man sie sich dreifach nicht vorstellen kann, und eine Verdröbelung der Tatsachen, die einfach unerhört ist. Und unbegreiflich erscheint es uns, daß der deutsche Botschafter in Paris bei diesen Worten nicht ostentativ seinen Platz in der Kammer, wo diese Äußerungen gegen Deutschland geschleudert wurden, verlassen hat. Wie steht es denn in Wirklichkeit? — Deutschland hat seit 1918 nicht weniger als 55 Mil-

liarden Goldmark an seine Tributgläubiger abgeführt. Es ist ganz selbstverständlich, daß ein Volk eine so ungeheuerliche Summe nicht ohne schwerste Schädigung seines Wirtschafts- und Soziallebens hinopfern kann. Nur aus diesem tributpolitischen Wahnsinn erklärt sich unsere heutige Zahlungsunfähigkeit. Das verschweigt Laval natürlich. Und wenn er demgegenüber die kümmerlichen Aufwendungen für das deutsche Heer und die deutschen Kulturaufgaben als den Grund unserer Zahlungsunfähigkeit hinstellt, dann hat er auf das deutlichste bewiesen, daß ihm an einer ehrlichen Auseinandersetzung mit Deutschland nicht das geringste gelegen ist, und daß das ganze Aufheben, das von seiner „Freundschafts“reise nach Berlin gemacht wurde, eine fein ausgeklügelte Masche war, um eine Atmosphäre vorzutäuschen, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden war, die aber Frankreich aus taktischen Gründen benötigte, um gleichsam hinter einer künstlichen Nebelwand seinen neuen Vernichtungsfeldzug gegen den Frieden Europas um so besser vorbereiten zu können. Und wenn ferner Laval die deutsch-französische Verständigung nun einmal von der Abdröselung der nationalen Kundgebungen in Deutschland abhängig macht, so ist auch das ein Versprechen, das von keinem vernünftigen Menschen ernst genommen wird. Man braucht ja nur dran zu denken, daß die französische Gewaltpolitik gegen das deutsche Volk schon wahre Orgien gefeiert hat, lange bevor es nationale Kundgebungen im nachrevolutionären Deutschland gab. Laval hat mit seiner Kammerrede selber den Schlüssel zum Verständnis der deutsch-französischen Verständigung“ gezogen und abermals von kompetentester Plattform aus den Beweis erbracht, daß eine Einigung zwischen Frankreich und Deutschland bis auf weiteres nicht möglich ist.

Deutschland steht am Ende seiner Kraft. Das weiß Frankreich ganz genau. Und das ist Frankreichs Hoffnung. Aber die Völker der Erde mögen dessen eingedenk sein, daß es sich bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Tributfrage nicht um ein auf Deutschland beschränktes Problem, sondern um die Schicksalsfrage der ganzen Welt handelt. Denn nicht nur Frankreich hofft auf Deutschlands völligen Zusammenbruch, sondern auch Moskau wittert Morgenluft. Und wenn die Dinge weiter so verlaufen wie bisher, dann bedarf es wahrhaftig keiner besonderen Prophetengabe, um bereits für die nächsten Monate das Aller schlimmste befürchten zu lassen. Die öffentlichen Kassen in Deutschland sind leer, Fonds, auf die naive Gemüter heute noch rechnen, sind bis auf den letzten Pfennig ausgeschöpft, die Mittel für die Gehaltsauszahlungen schrumpfen in rasendem Tempo zusammen. Das tragische Wettrennen der Regierung Brüning mit der Vernichtung von Wirtschaft und Finanzen ist in sein letztes, hoffnungsloses Stadium getreten. Die letzte Reserve — bisher ängstlich für den Augenblick höchster Gefahr zurückgehalten — ist eingesezt: die Umsatzsteuer erhöht! Man rechnet bei dieser Maßnahme mit einem Mehr an Steuereinkommen von etwa 1,4 Milliarden Mark. Möge man sich nicht täuschen! Denn die Wirtschaft ist todkrank, und die Massen sind ohne Kaufkraft. Nicht lange mehr, und die Zitrone in der Hand des Fiskus ist bis auf den letzten Tropfen ausgepreßt. Und dann? Wir wissen es nicht. Wir haben Politiker, wir haben Wirtschaftler, wir haben Verwaltungsmenschen gefragt — sie alle wissen es nicht. Nur eins ahnen sie: daß wir vor einer schweren, schwarzen Volkswand stehen, deren Entladung Menschenkraft und Menschenklugheit kaum noch aufzuhalten vermögen. Aber Gewitter klären. Da scheidet sich die Spreu vom Weizen. Da gebietet die Tat. Und die Phrase verkriecht sich ins Mausloch. Da zeigt sich, was echt, was rein, was grad und ehrlich ist. Da steht der Kämpfer seinen Mann. Und der Feige, der Hinterlistige, der Duckmäuser riegelt sich ab in die Angst seiner Seele und die Wände seiner persönlichen Erbärmlichkeit. Aber das Schicksal hascht ihn. „Ja, ist es denn wahr: wird der Kommunismus kommen?“ — Wieviel angsterfüllte Augen werfen diese Frage auf. Seid nicht kleinmütig, die ihr euch deutsche Männer und deutsche Frauen nennt! Nichts ist und nichts wird, was nicht Gottes Wille ist! Auch der Kommunismus kann Werkzeug Gottes sein. Und in was steht schließlich — weltanschaulich betrachtet — der Bolschewist, für den der Kommunismus Religion geworden ist, dem Kapitalisten nach, dessen Seele ganz und gar dem goldenen Rammon verhaftet ist? Das freilich soll nicht bedeuten, daß wir uns nun widerstandslos in die Arme Moskaus werfen sollen. Es ist vielmehr unsere heilige Pflicht — nicht etwa im Interesse des Kapitalismus, sondern im Interesse des Staates, in den uns Gott hineingestellt hat — die Welt auf die todernsten Gefahren aufmerksam zu machen, in denen wir rettungslos

herumtreiben, und daß es nur noch eine Frage der Zeit ist, wann der Bolschewismus bei uns einkehren wird, wenn nicht endlich Frankreich in die Schranken verwiesen und mit einer Politik gegen uns gebrochen wird, wie sie in ihrer expressen Ruchlosigkeit einzig in der Weltgeschichte dasteht. Unsere Hoffnungen in dieser Richtung sind leider sehr gering. Auch versucht Frankreich bereits alles, um seinen an sich bedeutsamen Einfluß in dem Sonderausschuß der V.3. noch weiter zu verstärken. Vielleicht wäre es doch besser gewesen, die deutsche Reichsregierung hätte klipp und klar erklärt, Deutschland könne keinen Pfennig Tribute mehr bezahlen, als die Einberufung eines Ausschusses zu beantragen, in welchem Frankreich alle Künste seiner meisterhaften Diplomatie nach Herzenslust spielen lassen kann. Die Welt hätte dann vor einem klaren Sachverhalt gestanden und das deutsche Volk wäre vor einer neuen Enttäuschung bewahrt geblieben.

Wie es in Wahrheit um die „Friedfertigkeit“ Frankreichs bestellt ist, geht ja auch mit erschütternder Beweiskraft aus den Vorgängen auf dem Pariser Friedenskongress hervor, wo bekanntlich die Referenten — unter ihnen der deutsche Reichstag Abgeordnete Joos, der italienische Delegierte Scialoja, Lord Robert Cecil usw. — niedergebrüllt wurden, so daß schließlich die Polizei den Saal räumen mußte. Der „Figaro“ aber schreibt zu diesen Vorgängen: „Die Pazifistenkundgebung ist ein Schlag für die Veranstalter und die öffentliche Gewalt gewesen. Dank des energischen Widerstandes der Bevölkerung ist diese Verpeftung der Öffentlichkeit mit Giftgasen (!) verhindert worden. Unruhen, wie sie am Freitagabend ausgebrochen sind und die durch die Unverantwortlichkeit der Pazifisten hervorgerufen wurden, werden das nächste Mal sicherlich Ausmaße annehmen, daß die anwesenden Ausländer nicht nur die Rolle von Augenzeugen spielen werden!“ — Das ist deutlich genug. Und wenn man die überwältigende Mehrheit daneben stellt, die sich Laval mit seiner Sekrede in der Kammer erobert hat, dann tut man gut, seine Hoffnungen auf eine Revision der französischen Politik im allgemeinen und auf die am 2. Februar beginnende Abrüstungskonferenz im besonderen nicht allzu hoch zu schrauben. Die schwarzen Volksmassen, die sich über dem Weltball zusammenstauen, scheinen sich erst in schweren Unwettern austoben zu müssen, ehe den Völkern wieder die Sonne des Friedens und der Freiheit leuchtet. ... S.

Es ist genug!

Eine Warnung aus Italien.

Rom, 1. Dezember.

In einem Leitartikel über die Friedensmission Italiens und die schwere Gefahr, die die heutige Lage für Deutschland und ganz Europa birde, weist „Popolo d'Italia“ auf die finanzielle Erschöpfung Deutschlands und die Depression des englischen Pfundes hin, die sich zwangsläufig jetzt auch auf Frankreich auswirken beginnen.

Wenn man in Italien, fährt das Blatt fort, die furchtbare Lage des deutschen Volkes unterstreiche und die Aufhebung der durch den Krieg erzwungenen Bestimmungen verlange, so sei dabei niemand von Gefühlen gegen Frankreich geleitet.

Deutschland stehe an der Schwelle einer Tragödie, während vernünftigerweise niemand den Zusammenbruch des deutschen Volkes wünschen könne. Wenn der Bolschewismus seinen Weg bis zum Rhein finden sollte, dann werden auch viele in Frankreich zur Erkenntnis kommen, daß es besser gewesen wäre, den ehrlichen Kampf Brünnings zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zu unterstützen, wenn man nicht gar nach Hitler als Befreier rufen werde.

Das Blatt erinnert an die deutschen Leistungen während des Waffenstillstandes, die Materialablieferungen, die Gebietsabtretungen im Osten und Westen, den Verzicht auf sein großes Kolonialreich und beziffert die deutschen Reparationsleistungen mit 40 Milliarden Goldmark (In Wirklichkeit sind es jedoch noch mehr, nämlich 55 Milliarden! — Die Red.). Nach der Meinung englischer und amerikanischer Sachverständiger habe davon Frankreich allein 18 Milliarden Goldmark gleich 15 Milliarden Francs erhalten. Diese ungeheuerlichen Leistungen sind nach der Ansicht des „Popolo d'Italia“ Erklärungen e n u g für die Erschöpfung der deutschen Hilfsquellen.

Das Blatt kommt zu dem Schluß, daß Deutschland, da neue englische und amerikanische Anleihen voraussichtlich nicht mehr möglich seien, aus eigener Kraft seine Zahlungen unmöglich fortsetzen kann.

Das Siedlungsproblem.

Durch Arbeitsdienst zur Lösung der Siedlungsfrage.

Das Sehnen des reifen Menschen nach einer eigenen Wohnstätte mit etwas Land liegt uns Deutschen im Blute und wird immer in der Brust des einzelnen ein Traum, oft ein ungestillter Wunsch bleiben. Besonders bei dem Städter, der durch die machtvolle Industrialisierung, durch die relativ hohen Löhne oder dadurch, daß kein Platz für eine weitere Ackeranbau mehr vorhanden war, in die Stadt drängt, wirkt das Bauernblut, das selbständige Wirken und Verantwortlichsein nach, bricht mehr oder weniger stark bei dem einzelnen durch und drängt in Notzeiten, wie heute, ungezügelt zu einer Lösung.

„Wir sind es satt, Almosen zu nehmen“, heißt es von ordentlichen Arbeitssuchenden, „gebt uns etwas Land, daß wir uns durch unserer Hände Arbeit ernähren können.“

Zu spät hat sich die Staatsgewalt der Frage angenommen. Die günstigsten Zeiten, vor allem für die finanzielle Lösung der Frage, ist verpaßt. Man hat zu viel auf die Hilfe von außen gehofft, ohne dabei zu bedenken, daß nur eigene Entschlußkraft in der Lage sein wird, den Rettungsakt zu vollziehen. Nun versucht man die Randsiedlungen in der Nähe der Großstädte als letzte Verzweiflungsmäßnahme aufzuziehen. Es dürfte dies in der Form, wie es geschehen soll, ein Fehler sein. Die Nähe der Großstadt, die damit verbundene Versuchung, die sich weiter bietende Genußmöglichkeit, sind für den Angedachten sehr groß; der Siedler, der sich entschlossen hat, unter anderen Bedingungen seinen Erwerb zu finden, losgelöst aus der bisherigen Umgebung, muß richtig verpflanzt werden, hinaus in die Natur, weg von dem Glanz der Großstadt. Es ist für das Gelingen einer Verpflanzung unbedingt notwendig, daß der Siedler seine ganzen inneren und äußeren Kräfte zu konzentrieren imstande ist, die Ablenkungsmöglichkeit auf den Nullpunkt herabsinkt.

Wir können im Laufe der letzten Jahrzehnte immer wieder feststellen, wie durch Mahner und Freunde des Volkes der Siedlungsgedanke propagiert, auch praktisch in die Tat umgesetzt wurde. Es seien nur wenige hier angeführt.

Stabsarzt Dr. Vonne hat in seinen wertvollen Schriften immer wieder den Siedlungsgedanken hervorgehoben, gewarnt, gemahnt und gefordert, er hat praktische Erfolge erzielt. Es ist nur bedauerlich, daß seine Gedanken nicht in größerem Maßstab in die Tat umgesetzt wurden; sein Wirken blieb beschränkt auf einen kleineren Kreis; es fehlte eben in den einzelnen größeren Stadtgemeinden ein Mann wie Dr. Vonne.

Pastor Fr. v. Bodelschwingh, der große Menschenfreund, war wohl einer der wenigen, welche mit dem Aufstreben der Industrie erkannten, welche Gefahren für Leib und Seele den in den Städten zusammengepferchten Menschen begegnen. Er hat deshalb immer wieder das Siedlungsproblem angeschnitten und im größeren Rahmen in seinem vorbildlichen Lebenswerk gelöst. Es darf aber gesagt werden, daß die Menschen seiner Zeit, denen geholfen werden sollte, ihn nicht oder nur wenig verstanden, da es ihnen ja gut ging und Nahrungsorgen nicht bestanden bei denen, die arbeiten wollten.

Durch Verhandlungen, die in diesem Herbst wegen der Versorgung der Unterstützungsempfänger von Seiten

landwirtschaftlicher Organisationen mit größeren Stadtgemeinden geführt wurden, konnte festgestellt werden, wie man teilweise in einsichtiger Form den Fürsorgeempfängern Gemeindefeld gegeben hat, damit sie dort einen Garten anlegen konnten, um Gemüse, Kartoffeln und Beerenobst selbst ziehen zu können. Es war rührend zu sehen, wie manche mit peinlichster Sorgfalt und Liebe an dem Stückchen Erde arbeiteten, und es konnte bei der Unterhaltung festgestellt werden, wie groß die Freude, wenn der Erfolg die angewandte Mühe auch gelohnt hatte.

Es drängt sich immer wieder die Erkenntnis auf, daß die Arbeit an der Mutter Erde nicht nur körperlich gesund ist, sondern auch seelisch heilt.

Wie könnte nun finanziell den vielen Tausenden, die heute gerne die Großstadt verlassen, zu Land und Haus verschaffen werden? Es wird sich wohl jeder klar sein, daß der im Augenblick aufgebaute Industrieapparat infolge der Absatzstockung allgemein in der Welt, noch lange beschäftigungslos bleiben wird.

Land ist da, Material zum Bauen von Wohnstätten ebenfalls; also dürfte es nicht zu schwer sein, der Erfüllung des Wunsches vieler näher zu kommen. Wie kann die Mobilisierung vollzogen werden?

Antwort: Nur im Rahmen der Arbeitsdienstpflicht.

Ich kann mir gut vorstellen, daß Siedlungswillige zusammengestellt werden zu Kolonnen, welche die zur Verfügung stehenden Ländereien zur Siedlung selbst herrichten. Die notwendigen Gebäude können in der einfachsten Form errichtet werden, der Staat liefert die Inventartüchle; in Form eines Bodenzinses unter befristeter vollständiger Steuerbefreiung kann die Abzahlung für das gelieferte Inventar erfolgen. Hat doch der preussische Staat ungezählte Domänen, die heute z. T. nicht mehr rentieren und für die nur sehr schwer ein Pächter gefunden wird. Gebäulichkeiten, welche eine Kasernierung der Kolonnen ermöglichen, sind meist vorhanden. Die Zusammenstellung der Kolonnen müßte nach landsmannschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen. Sind uns doch in unserer deutschen Geschichte zahlreiche Beispiele dieser Art der Siedlung bekannt (Friedrich der Große, die amerikanischen Siedlungen des vorigen Jahrhunderts). In den meisten Fällen haben die Siedler mit genau so wenig Besitzum angefangen wie heute die Siedlungswilligen; der Wille des Einzelnen und die Rücksicht eines weissen Staats führte das Werk zum Guten.

In diesem Zusammenhang darf ich die bisherige Form, in der Nachkriegszeit zu siedeln, nicht unerwähnt lassen, nämlich das Siedeln durch die zahlreichen Siedlungsgesellschaften. Die Ausprache im Reichslandbund und eigene Erfahrungen haben gezeigt, daß die gesellschaftliche Seite der Siedlungsgesellschaften etwas zu stark im Vordergrund steht. Auch darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Siedlungen zu teuer sind, also die Vorbelastung des Besitzers zu groß ist. Auch fehlt völlig die Sorge des Staates, dem Siedler vorzugsweise in dem Absatz seiner Produkte beihilfe zu sein. Hier dürfte eine „Verordnung“ am ehesten am Platze sein, zumal durch die Naturalversorgung und Beantwärtung der Fürsorgeempfänger und Erwerbslosen heute in den Städten eine günstige Möglichkeit bestünde, die Produkte der Siedler vorzugsweise zur Abnahme zu bringen. Es muß doch eine vornehmliche Sorge eines fürsorglichen Staates sein, die Siedler zu betreuen, so daß Rückschlüsse größeren Stiles ausgeschaltet sind. Leider muß die Wahrnehmung gemacht werden,

in der faschistischen Ideologie: der einzelne Mensch hat vor dem Staate kein Recht, er ist in ihm nur ein Atom und erhält seine Bedeutung allein durch die Nation, deren Ausdruck eben der Staat ist. Der Faschist Rocco hat es kurzweg so ausgesprochen: „Die Individuen sind die unendlich kleinen und vorübergehenden Teilelemente einer organischen Einheit.“

Wir wissen, wie in den meisten Ländern der Kampf zwischen Staat und Wirtschaft entbrannt ist. Die Wirtschaft hat den Drang, den Staat zu ihrem Organ zu machen, während dieser sich wiederum bemüht, die Wirtschaftskräfte, die er als Geschäftskräfte anerkennt, in sich einzuordnen. Der Faschismus verkündet von vornherein das Primat des Staates. So hat er ganz einschneidend die Wirtschaftsorganisationen zu Organen seiner Hoheit verwandelt. Nicht, daß damit nun die soziale Frage gelöst und jeder Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit aufgehoben wäre, doch die Gegensätze werden gebändigt, ihre Äußerungen geleitet und die Produktivkräfte als nationale Werte verwaltet. Jeder Besitzende und Schaffende wird betrachtet als Beteiligter eines nationalen Amtes, oder besser gesagt, als Soldat der Nation, die kämpft, auch wenn sie auf dem Acker schreitet und an der Maschine steht. Die folgerichtige Durchführung dieser Grundzüge führt ganz von selbst zu einer Beschränkung der Freizügigkeit. Da innerhalb der Wirtschaft die Landwirtschaft als erste Größe betrachtet und mit allen verfügbaren Mitteln gefördert wird, so ist es einleuchtend, daß der Faschismus der Landflucht kraftvoll zu begegnen sucht. Wer nicht alsbald in der Stadt Arbeit nachweisen kann, muß wieder zurück aufs Land. Freilich weiß ich nicht, ob überall streng nach diesen herben Grundätzen verfahren wird. Aber zunächst ist es wichtig, von solcher Staatsgewalt überhaupt zu wissen. Das Wachsen der Großstädte Italiens steht im Widerspruch zu der Bevorzugung des Landes und der Erkenntnis, daß nationale Lebenskraft in den großen Städten abstrahlt.

Die Weltwirtschaftskrise hat auch Italien erfasst und gezeigt, daß keine noch so stramme Diktatur ohne weiteres mit ihr fertig werden kann. Es ist für den Ausländer sehr schwer, die Ausmaße der Arbeitslosigkeit gerade in Italien unbemerkt in die sonstige Menschenmasse hineinzieht sich das Leben dort auf der Straße, bei Tag und bei Nacht sitzen und stehen die Menschen herum. Was bei uns das Stadtbild sofort bestimmt, wenn größere Arbeiter-

daß hier große Gefahr insbesondere im Osten im Anzuge ist, eine Gefahr, die Siedlungsfreudige abschreckt und dumpfer Hoffnungslosigkeit Raum gibt.

Es bestehen Möglichkeiten, zu helfen, wenn die geeignete Organisation eingreift und der gute Wille der Staatsgewalt wahrnehmbar ist.

Es darf noch an die Memmonitensiedlungen des vorigen Jahrhunderts über die ganze Erde erinnert werden. Wie war der Anfang so schwer und der Erfolg so groß. Allerdings, eines verband diese starken Menschen, ein fester Glaube, eine unerschütterliche Treue zueinander und ein Gemeinschaftsinn, der biblisch genannt werden kann.

Zeitigen aber die heutigen Notzustände bei uns nicht ähnliche Erscheinungen? Finden wir bei genauer Beobachtung nicht die gleichen Formen des Gemeinlebens? Diese zu stärken und zu wecken und in richtige Bahnen zu lenken, das muß die Aufgabe aller Hilfseinrichtungen sein. Ich glaube, aus den Artikeln des „Aufwärts“ in Nr. 274 und 275 des Herrn v. Bodelschwingh die gleiche Auffassung entnommen zu haben.

Möge ein gütiges Geschick walten über dem Werke, was Wirtschaftsnot und seelische Not zwangsläufig uns bringt, die Menschen durch die Arbeit an der Erde zu läutern und innere Zufriedenheit ihnen zu geben. Die Aufgabe ist schwer, aber nichts darf unversucht bleiben, der drohenden Gefahr unseres Volksganges alles entgegenzusetzen, was wir noch an guten Kräften aufzubringen imstande sind.

Rb.

Christliche Arbeiterhilfe und freiwilliger Arbeitsdienst.

Auf einer Arbeitertagung der Christlichen Arbeiterhilfe, auf der sich der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, die katholischen und evangelischen Arbeitervereine und die Gesellenvereine zu wohlfahrtspflegerischer Arbeit vereinigt haben, beschäftigte man sich u. a. auch mit dem freiwilligen Arbeitsdienst. Nachdem die Bildungsmaßnahmen für die Arbeitslosen erörtert waren, ging man zu den Erfahrungsarbeiten für Arbeitslose über. Die genannten Großorganisationen haben dabei übereinstimmend zu der Erkenntnis, daß es noch viel wertvoller ist, dem Arbeitslosen durch Erfahrungsarbeiten verschiedenster Art zu helfen, sein Selbstbewußtsein wiederzufinden oder zu stärken. Das soll insbesondere auch geschehen durch freiwilligen Arbeitsdienst in den Organisationen der Christlichen Arbeiterhilfe. Sie erhofft dafür weitestgehende Förderung durch die Behörden. Der freiwillige Arbeitsdienst ist außerdem eine geeignete Vorstufe für die verschiedenen Formen der Siedlung — Kleingarten-Siedlung, vorstädtische Siedlung und bäuerliche Vollsiedlung — in der die Christliche Arbeiterhilfe trotz Würdigung aller Schwierigkeiten hoffnungsvolle Möglichkeiten für die Zukunft der Arbeitslosen sieht. Diese Möglichkeiten werden weiterhin praktisch am besten vorbereitet durch Anlernung für landwirtschaftliche Arbeit und Umschulung für die Siedlung.

Die gesunde Idee des freiwilligen Arbeitsdienstes wurde also von der gesamten christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung anerkannt und einmütig gutgeheißen. Daß die Idee auch durchgeführt wird, liegt im Charakter dieser großen und einflussreichen Bewegung.

F. Bick.

Vier Monate unter dem Littorenbündel.

Fortsetzung.

Nur wenige Italiener vermochten die Gesinnungshintergründe des Faschismus mit intellektueller Bewußtheit wiederzugeben; ihr Wissen vom Faschismus, auch wenn sie ihm selbst angehörten, war weniger ausgebildet als der Glaube an Mussolini. Der ist in einer Weise vorhanden, daß man sich fragen muß, ob sich denn hier wirklich noch um einen lebenden Menschen oder bereits um eine mythische Gestalt handle. Der Duce kann in seiner Wandlungsfähigkeit heute das Gegenteil von dem sagen, was er gestern verkündet hat, heute den Faschismus als gebunden an Italiens Erde hinstellen und ihn morgen als Exportartikel preisen, heute mit drohender Gebärde gegen Frankreich zürnen und morgen diesem Lande seine Freundschaft versichern, immer gehen sie mit ihm und glauben sie ihrem Führer. Wer schon mit ihm hat reden dürfen, oder auch nur einen Blick von ihm erhalten, erzählt von diesem Erleben mit schauerlicher Ehrfurcht. Aber wie gesagt, die Gesinnungsgrundlagen, oder wenn man so sagen will, das Weltanschauungssystem des Faschismus, sind nur in wenigen Fällen klar begriffen. Es handelt sich hier auch nicht um einen Gedanken, um ein Gebilde aus einem Guß, vielmehr ist die faschistische Gesinnungsmasse aus etlichen vorher schon vorhanden gewesenen Gedankengrößen geformt worden. Von den Italienern haben Machiavelli mit seiner Auffassung vom ethisch autonomen Staat, Mazzini, der revolutionäre republikanische Patriot, Corradini, der Führer italienischen Nationalismus in der vorfaschistischen Zeit, und ganz stark Marinetti, der Begründer des Futurismus, dem Mussolini besonders nahestehend, am Gedanken-gerüst des Faschismus mitgewoben. Der Franzose Sorel mit seiner Lehre von der direkten Aktion syndikalistischer Gebilde hat einen starken Beitrag geliefert. Die Deutschen haben nicht wenig beigetragen: Hegel mit seiner Auffassung vom Staat als der reinsten Offenbarung des absoluten Geistes und Nietzsche mit der inneren Wesenheit seiner Gedanken; was er unter dem Uebermenschen versteht, hat der Faschismus sich so gedeutet, daß der Staat selbst das Höchste darstellen sollte, und was der deutsche Denker von der Schönheit eines Lebens in Gefahr sagt, hat Mussolini, der Todbereite, auf sich bezogen, wie er es denn auch seinem ganzen Volke in die Adern gießen möchte. Vor allem ist das hervorzuheben

scharen aus den Werkstätten verstoßen sind, das sieht in Italien unbemerkt in die sonstige Menschenmasse hinein. Die faschistische Miliz und die neuerdings getroffene Einrichtung, daß jeder sechzehnjährige wehrfähige Italiener eine militärische Vorstufe zu besuchen hat, ferner die großartigen Bemühungen um moderne Straßen, Aufpflanzungen und Urbarmachung oder Gebiete vermögen stattdessen Arbeitermassen aufzunehmen und zu verwenden. Immerhin, es ist eine ausgedehnte Arbeitslosigkeit gegeben, die dem kapitalarmen Lande schwer zu schaffen macht. Es ist auch für viele Bewunderer des Duce ein Problem, ob er mit der Abschneidung der Auswanderung das Rechte getroffen hat. Darf man, solange in der Heimat nicht Arbeit genug vorhanden ist, rein aus dem Drang zur Erhaltung des nationalen Menschenbestandes das Suchen nach Brot in der Fremde verhindern? Auch werden die großen Geldsummen, die von den Ausgewanderten in die Heimat fließen, heute gar sehr fehlen.

Die Kritik am Kapitalismus wird innerhalb der faschistischen Syndikate wie in der Presse offen und deutlich geführt. Diese Tatsache ist keineswegs bloß als Ventil für sozialistische Gellüste zu werten, sondern kann als Beweis dafür gelten, daß es für den Faschismus eine grundsätzliche Bindung an die kapitalistische Wirtschaft nicht gibt. Es ist sehr die Frage, ob der Faschismus im Verfolg seiner Grundgedanken nicht bis zur Leitung der Produktion durch den Staat vorstoßen wird. Zur Stunde wird dies gewiß nicht geschehen; aber um ein ständiges Vortasten nach dieser Richtung mag es sich schon handeln. Meine durch allerhand Gespräche unterstützte Meinung ist die: Die sozialistisch eingestellten Arbeiter sind viel leichter und schmerzloser in das faschistische System einzuordnen als die Arbeitgeber. Ueberhaupt fühlt sich in Italien der zur Führung Berufene, mit besonderem Geltungswillen Ausgerüstete im Gegensatz zum Menschen der Masse weit eher eingeeignet und bevormundet. Mögen es die Arbeiter nicht immer ganz so empfinden, die Arbeitgeber spüren es deutlich, daß Mussolini im Tiefsten eben doch der Sozialist geblieben ist. Deutsche Wirtschaftsführer, die auch aus einem Diktator wünschen und sich den als eine Kopie von Mussolini vorstellen, würden schwer enttäuscht sein, wenn ihr Wunsch Verwirklichung fände. Die steuerliche Belastung und sozialpolitische Verpflichtung der italienischen Betriebe hat einen bedenklich hohen Grad erreicht.

(Fortsetzung folgt.)

Zoll-Notverordnung.

Vollmachten für die Reichsregierung. — Das Winterprogramm.

— Berlin, 2. Dezember.

Unter Gegenzeichnung des Reichsministers und der zuständigen Reichsminister hat Reichspräsident von Hindenburg folgende Verordnung unter Bezugnahme auf Artikel 48, Absatz 2, der Reichsverfassung erlassen:

Artikel 1.

Die Reichsregierung wird bis zum Wiederauftritt des Reichstags ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses 1. die Eingangszölle abweichend von den geltenden Vorschriften zu ändern; 2. die vorläufige Anwendung zweifelhafte Wirtschaftsabkommen mit ausländischen Staaten zu verordnen.

Verordnungen, die auf Grund des Absatz 1, Nummer 1, ergehen, sind dem Reichsrat vorzulegen und auf sein Verlangen aufzuheben. Verordnungen, die auf Grund des Absatz 1, Nummer 2, ergehen, sind dem Reichstag vorzulegen und auf sein Verlangen aufzuheben.

Artikel 2.

Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Die Arbeiten am Winterprogramm fanden mit einer Reihe von Ministerbesprechungen, Ressortkonferenzen und Kabinettsberatungen ihre Fortsetzung. Ueber den Verlauf dieser Verhandlungen wird nach wie vor Stillschweigen bewahrt.

Trotzdem zweifelt man in parlamentarischen Kreisen nicht mehr daran, daß die sogenannte Winter-Notverordnung u. a. eine Erhöhung der Umsatzsteuer, die Neuordnung der Kapitalertragsteuer, Schutzmaßnahmen für die westdeutsche Landwirtschaft und Richtlinien sozialpolitischer Art enthalten wird. Der Umbau der Sozialversicherung selbst soll auf parlamentarischem Wege, also nicht durch Notverordnung erfolgen.

Auch die Gerüchte über eine neue Kürzung der Beamtengehälter ab 1. Januar 1932 wollen nicht verfliegen. Angeblich soll eine Herabsetzung der Ge-

hälter um weitere 10 Prozent geplant sein. Eine Entscheidung in dieser Frage ist aber noch nicht gefällt worden, und so betrachtet man es immerhin zumindest als zweifelhaft, ob diese Pläne verwirklicht werden.

Pfundsturz auf 13,90 RM.

Eine Erschwerung hat die Aufstellung des Winterprogramms durch den neuen Rückgang des englischen Pfundes erfahren. Dieser Rückgang brachte das Pfund am Dienstag auf den Rekordtiefstand von 13,90 Mark gegenüber einer Notierung von 20,20 Mark vor der englischen Krise. Ihre Ursache hat die neue Entwertung des Pfundes offenbar in Vertäufen der Bank von Frankreich, durch die die britische Regierung anscheinend unter Druck gesetzt werden soll.

Verstärkt wird die neue Pfundkrise noch dadurch, daß die Latenteinstellung, mit der die englische Regierung und die Bank von England dem Abgleiten des Pfundes zusehen, große Abhebungen bei allen englischen Banken zur Folge gehabt hat. Ueberdies hat die Bank von England einen starken Devisenbedarf zu decken.

Auch im Parlament kommt die Politik in dieser Woche stärker als bisher zur Geltung. So tagten im Reichstagsgebäude der Vorstand der Deutschen Nationalen Volkspartei und die Fraktionen des Zentrums und der Sozialdemokratie. Im Mittelpunkt dieser Fraktionsbesprechungen, der noch im Verlaufe des heutigen Mittwochs auch eine Sitzung der deutschen nationalen Fraktion folgen wird, stand die politische Lage.

Von den Reichstagsausschüssen fehlt der Haushaltsausschuß die Beratung des Pensionskürzungsgegesetzes fort, wobei er eine Reihe von Paragraphen verabschiedete. Praktische Bedeutung erlangen diese Beschlüsse jedoch erst dann, wenn das Plenum des Reichstags sich versammelt. Nach den Plänen der Reichsregierung soll der Reichstag aber erst im Februar wieder zusammentreten.

Zur Debatte steht gegenwärtig auch die von den Kommunisten beantragte Einberufung des Ältestenrats. Präsident Lohde, der gegenwärtig in Nürnberg weil, ist telegraphisch um eine Entscheidung ersucht worden.

Keine neuen Provisorien.

Ansprache Geheimrats Kautz. — Deutschland will reinen Tisch in der Tributfrage.

— Magdeburg, 2. Dezember.

Im Rahmen einer Feier aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Wirtschaftsverbandes für den Regierungsbezirk Magdeburg sprach Geheimrat Kautz vom Präsidium des Wirtschaftsverbandes der Deutschen Industrie über den Kampf um Deutschlands wirtschaftliche Zukunft. Die internationale Kredit- und Währungsfrage, so betonte Geheimrat Kautz, verlange eine internationale Zusammenarbeit. Das Tempo müsse wesentlich beschleunigt werden.

Der jetzige Umfang der kurzfristigen Verschuldung sei ein auf die Dauer unerträglicher Zustand.

Der Abbau der kurzfristigen Engagements

dürfe sich aber nur schrittweise, sehr vorsichtig und unter Schonung der beteiligten Wirtschaftskörper vollziehen und auch nur bis zu der Grenze gehen, die durch das selbstverständliche Vertrauen auf eine normale Entwicklung der internationalen Geschäftsbeziehungen diktiert sei.

In bezug auf die kurzfristige Verschuldung Deutschlands sei der gleiche Grundsatz anzuwenden. Deutschland sei selbstverständlich gewillt, seinen privaten ausländischen Verbindlichkeiten nachzukommen, es müsse aber verlangen, daß das Ausland nicht kurzfristig und einseitig seine Forderungen liquidiere, sondern daß es Deutschland ein normales Niveau kurzfristiger Kredite, auch über den Ablauf des Stillhalteabkommens hinaus zur Verfügung stelle.

Zur Reparationsfrage äußerte sich Geheimrat Kautz dahin, der am Montag in Basel zusammentretende Beratende Sonderausschuß der V. J. müsse unbedingt davon ausgehen, daß die mangelnde Leistungsfähigkeit Deutschlands auch schon von den Verfassern des Youngplans von vornherein in Rechnung gestellt worden sei. Der Redner verteil hier die Ansicht, daß es unerträglich wäre, wenn jetzt wieder nur irgendeine unbefriedigende Zwischenlösung zustande käme. Es müsse endgültig reiner Tisch gemacht werden.

Im zweiten Teil seines Vortrages behandelte Geheimrat Kautz das Problem der innerdeutschen Wirtschaftsgestaltung. Im Mittelpunkt der praktischen Wirtschaftspolitik ständen heute die Aufgaben der Produktionskostenlenkung, die das Ziel verfolgten, die Wirtschaft wieder arbeitsfähig und auch gegenüber dem Ausland wettbewerbsfähig zu machen. Den Auswirkungen des englischen Währungsschwundes sei grundsätzlich auf keine andere Weise zu begegnen.

Eine Nachahmung des englischen Beispiels durch Deutschland lehnte Geheimrat Kautz ganz entschieden ab. Jeder Schritt auf diesem Wege wäre ein Verbrechen an deutschen Völkern. Die Frage, ob es überhaupt möglich sei, die Stabilität der deutschen Währung zu erhalten, beantwortete der Vortragende absolut positiv. Der Weg sei zwar außerordentlich hart und er verlange von allen Kreisen des Volkes große Opfer. Aber ein so überschuldetes Volk wie das deutsche müsse ohnehin bis zur Wiedergewinnung gesünder Entwicklungsgrundlagen einen harten Weg gehen.

Wenn dieser Kampf unter Einsatz und Zusammenfassung aller aufbauenden Kräfte geführt werde, dann werde auch die jetzige Notzeit von einer Aufwärtsentwicklung abgelöst werden.

Indien-Konferenz beendet

Macdonald verließ eine Botschaft des Königs. — England ist zufrieden.

— London, 2. Dezember.

Die englisch-indische Konferenz fand mit der Verlesung einer Botschaft des Königs durch den Ministerpräsidenten Macdonald ihren Abschluß. Obwohl die Konferenz die ihr gestellte Aufgabe der Befriedung Indiens und Beilegung

des englisch-indischen Gegenstandes offensichtlich nicht gelöst hat, gab sich Macdonald Mühe, den Mißerfolg der Konferenz nicht in Erscheinung treten zu lassen.

So heißt es in der Botschaft des Königs: „Es ist mein glühender Wunsch, daß die großen Gemeinschaften Indiens unter Ihrer Führung mit Geduld und Toleranz den Weg der Zusammenarbeit und der ruhigen Erörterung weiter verfolgen, auf den Ihre Anstrengungen so deutlich hingewiesen haben.“

Macdonald legte dann eingehend Englands Politik dar und erklärte, er sei ermächtigt, Indien die Versicherung zu geben, daß die Politik der letzten Regierung auch die der gegenwärtigen Regierung bleibe. Er wiederholte dann die bemerkenswertesten Punkte dieser Politik hinsichtlich der Uebertragung der Verantwortung auf die Zentral- und Provinzialregierungen mit gewissen Garantien hinsichtlich der finanziellen Verpflichtungen und der Minderheiten während der Uebergangszeit.

Von einem Mißerfolg der Konferenz, so meinte Macdonald, könne man nicht sprechen. „Im Gegenteil, die erzielten Fortschritte gingen über die optimistischsten Erwartungen hinaus.“ Die von der Konferenz empfohlenen Ausschüsse würden sich sobald wie möglich in Indien an die Arbeit begeben. Dann müßten sich die Delegierten zur endgültigen Ueberprüfung des Gesamtplanes wiederum zusammenfinden.

Die Verleihung voller Verantwortlichkeit an die Provinzen habe England gegenwärtig nicht für vertretbar.

Nach Macdonald sprach der Führer der indischen Nationalbewegung Gandhi. Danach nahm Macdonald nochmals das Wort, um an Gandhi zu appellieren, den Weg der Vernunft zu beschreiten. Die Konferenz wurde darauf auf unbestimmte Zeit vertagt.

Englisch-französische Differenz.

Hoover Vorsitzender der Reparationskonferenz?

Der französische Korrespondent der amerikanischen Zeitung „Herald Tribune“ will erfahren haben, daß einflußreiche Kreise der V. J. den Vorschlag in Erwägung ziehen, den amerikanischen Präsidenten Hoover aufzufordern, den Vorsitz der Reparationskonferenz der Regierungen zu übernehmen.

Finanzminister Glandin hatte nach seiner Rückkehr aus London mehrfach Besprechungen. Der Presse gegenüber gab er zu, daß er in London auch politische Fragen erörtert hat. Er habe sich davon überzeugt, daß England und Frankreich sich um eine herzliche Zusammenarbeit bemühen müßten. Ob das möglich sein werde, wisse er noch nicht.

England und Frankreich hätten über gewisse Fragen abweichende Ansichten, so z. B. über die Schulden, die Kredite, die Zolltarife und die Reparationen.

Gegen Steuererhöhung.

Die westdeutsche Wirtschaft an den Kanzler.

— Düsseldorf, 2. Dezember.

Die Organisationen der westdeutschen Wirtschaft weisen in einer Mitteilung an den Kanzler mit Entschiedenheit jede Absicht zurück, die Berringerung des Steueraufkommens durch Steuererhöhungen auszugleichen. Steuererhöhungen gleich welcher Art sind für die überlastete Wirtschaft nicht mehr tragbar. Gegen jegliche Heraussetzung der Umsatzsteuer spricht auch die Tatsache, daß dadurch die von der Reichsregierung angestrebte Senkung des Preisniveaus in höchstem Maße gefährdet wird. Verlangt werden müsse jedoch die Einführung einer Einfuhrausgleichs-Umsatzsteuer etwa nach französischem Vorbild unter Schonung des deutschen Einfuhrhandels. Weiterhin wird einmütig abgelehnt die beabsichtigte Neuordnung der Kapitalertragsteuer.

Deutsche Kolonialprobleme

Von Max Cohen-Reuß.

Wenn es auch die dringendste Aufgabe der Gegenwart ist, die ungeheure Weltkrise, unter der das deutsche Volk ganz besonders leidet, zu überwinden, so wird man nicht vergessen dürfen, daß zugleich auch andere Aufgaben vorbereitet werden müssen, die der Wiederholung einer solchen schweren Krise vorbeugen können. Wenn man sich darüber klar werden will, welche Arbeiten am notwendigsten sind, so wird man vor allem von der Tatsache ausgehen müssen, daß der europäische Kontinent seine vorherrschende Stellung in der Welt verloren hat. Dieses alte Europa ist in der früheren Form nicht wieder zurückzugewinnen! Ueberall zeigt sich, daß die Weiterverarbeitung der an Ort und Stelle gefundenen Rohstoffe zu Fertigwaren sich immer mehr durchsetzt und daß Europa immer weiter von der Versorgung der Welt durch Massenartikel zurückgedrängt wird. Es ist möglich, daß es diese Zurückdrängung bis zu einem gewissen Grade durch die Verfolgung mit Qualitätswaren ausgleichen kann. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß dieser Ausgleich es den europäischen Völkern ermöglichen wird, sich auf ihrer bisherigen Lebensstufe zu erhalten.

Hauptsächlich aus diesem Grunde wird es daher nötig sein, daß Europa danach trachtet, sich eigene, in seiner Nähe liegende neue Rohstoffquellen, Absatzgebiete und Siedlungsgebiete zu suchen. Man darf bei dieser Aufgabe nicht von den Krisenrisiken der Gegenwart ausgehen und alle Dinge unter dem Gesichtspunkt der scheinbar vorhandenen Rohstofffülle betrachten. Diese Zeitperiode wird vorübergehen, und es wird sich sehr bald herausstellen, daß Europa dieser drei Dinge unter allen Umständen und um so mehr bedarf, als ihm die Auswanderung im großen Stil für die Folge verlagert sein wird.

Europa wäre durchaus in der Lage, die verhängnisvolle Situation, in die es hineingeraten ist, zu seinen Gunsten zu ändern, wenn es sich endlich in gemeinsamer Arbeit dazu entschließt, das jungfräuliche Gebiet der Welt, Afrika, zu erschließen und diesen ungeheuer großen Erdbteil, der erst in wenigen Strecken im Norden und im Süden erschlossen wird, zum Kolonialland des alten Kontinents zu machen. Alles, was bisher in dem Europa zur Verfügung stehenden west- und zentralafrikanischen Gebiete geschehen ist, ist so gut wie nichts! Die Austrodringung der Sumpfe, die Bewässerung der Wüsten und Steppen, die Rodung der Urwälder, die Beseitigung von Krankheiten und Seuchen, die zur Hebung der Eingeborenen und zur Schaffung von Siedlungsgebieten für die Weißen vor allem erforderlich sind, übersteigen bei weitem die Kraft auch der stärksten einzeluropäischen Nation. Diese Aufgaben können nur wirksam in Angriff genommen werden, wenn die europäischen Völker sich gemeinsam an die Arbeit machen.

Bereinzelt wird das öfteren darauf hingewiesen, daß Afrika diese Aufgabe nicht erfüllen könne. Das ist nicht richtig! Wir haben allzu sehr vergessen, daß bereits im Altertum die Schätze Karthagos, der Phönizier und auch der Kurus der römischen Kaiser in der Hauptfläche aus der afrikanischen Provinz stammten und daß die Römier bereits vor zwei Jahrtausenden aus Nordafrika einen blühenden Garten gemacht haben. Inzwischen ist das Land freilich verfallen. Aber es bedarf nur der dazu nötigen Arbeit, um es langsam wieder zu neuer Blüte zu bringen. Wie unbedeutend es ist, die afrikanischen Möglichkeiten gering einzuschätzen, erweist die Kolonisierung Algers durch Frankreich. In dem ersten amtlichen Berichte aus dem Anfang der Besetzung Algers wird gesagt, daß es sich um ein von undurchdringlichem Unterholz überwuchertes, von kilometerweiten Mooren und Salzseen durchzogene Sumpf- und Fieberloch handelte. Ein Jahrzehnt später hat noch ein vom Parlament entsandter Berichterstatter geschrieben, der Gedanke, hier kolonisieren zu wollen, grenze an Irrsinn. Heute ist diese Ebene in einer Ausdehnung von über 1500 Quadratkilometern ein einziger blühender Garten, ein geradezu beneidenswertes Eden der Fruchtbarkeit und des Wohlstandes. Ebenjowenig ist die Steppis der Wohnbarkeit Afrikas berechtigt. So geringe Möglichkeiten für die Besiedelung von Weißen im Augenblick vorhanden sein mögen, so lassen sie sich durch entsprechende Kultivierungen des Landes verhältnismäßig schnell vermehren.

Wie soll nun besonders das deutsche Volk wieder in neue Kolonialtätigkeit eingeschaltet werden? Mit der sogenannten Koloniallüge braucht man sich kaum noch zu beschäftigen; sie ist längst als wirkliche Lüge erwiesen. Ob die Wiedereinschaltung Deutschlands in die Kolonialarbeit schwer oder leicht sein mag, braucht hier nicht untersucht zu werden. Das ist eine Aufgabe, die die große Politik zu lösen hat. Wohl aber kommt es darauf an, dem deutschen Volke zu sagen, daß diese Wiedereinschaltung nicht möglich ist, wenn es nicht selbst den Willen zu ihr hat! Es ist deshalb bei allen Gelegenheiten darauf hinzuwirken, daß das deutsche Volk möglichst geschlossen eine neue koloniale Tätigkeit will. Diesem Willen wird man auf die Dauer nicht widerstehen können. Die deutsche Arbeit ist für die Erschließung Afrikas unentbehrlich. Sie wird vielleicht in sogar noch höherem Maße gebraucht, da Deutschland neben Italien eine starke überflüssige Bevölkerung hat und voll von Schaffensdrang und Arbeitswillen, wie kaum eine geeignete ist, Pionierdienste zur Erschließung von Afrika zu tun.

Heute muß sich die Kolonisierung Afrikas von der Methode früherer Jahrzehnte unbedingt unterscheiden. Der Weltkrieg hat nicht dazu beigetragen, die Stellung des weißen Mannes vor den farbigen Völkern zu erhöhen. Wenn die europäischen Völker ihre Aufgabe recht begreifen und sie dahin auffassen, die eingeborene Bevölkerung als das wichtigste Arbeitselement wirtschaftlich und geistig zu heben und sie langsam an höhere Arbeitsleistung zu gewöhnen, dann wird der Ruf „Afrika den Afrikanern“ vollkommen bedeutungslos sein. Und die europäischen Völker werden sich nach für lange Zeit hinaus durch die Erschließung dieses Erdteils ihr eigenes Leben, ihre eigene Zukunft sichern können.

Dr. Best beurlaubt.

Eine Anordnung der Reichsleitung der NSDAP.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. teilt mit: Der Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß der Reichsleitung der NSDAP. hat angeordnet, daß die Parteigenossen Dr. Best, von Davidblon, Stasignaga und Waffung bis zum Abschluß der Untersuchung durch den Oberreichsanwalt von jeder parteiamtlichen Tätigkeit zu entbinden sind. Seine weitere Stellungnahme zu dieser Angelegenheit behält sich der Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß bis nach der Entscheidung des Oberreichsanwalts vor.

Senkung der Maispreise.

— Berlin, 2. Dezember.

Der Verwaltungsrat der Reichsmaisstelle hat beschlossen, die Monopolverkaufspreise für Mais wie folgt festzusetzen:

Für Donaumais auf 155 (bisher 190) RM je Tonne, und für Plata- oder anderen Mais auf 160 (195) RM je Tonne. Diese Preise gelten für die Zeit vom 1. Dezember 1931 bis 16. Januar 1932 einschließlich.

So ist erreicht, daß bei der Gesamtregelung der Preispolitik für Futtergetreide auf das Bedürfnis geachtet wird, den Roggen so weit wie irgend möglich der menschlichen Ernährung vorzubehalten, und daß die Berringerung des zurzeit überhöhten Schweinebestandes einen Verlauf nimmt, der im Interesse einer gesünderen Preisgestaltung am Schweinemarkt liegt.

Der Schutz des Sonntags.

Preussische Polizeiverordnung.

Eine vom preussischen Innenminister erlassene Polizeiverordnung enthält neue Bestimmungen über den Schutz der Sonntags- und Feiertage für das preussische Staatsgebiet. Die Verordnung tritt mit dem 15. Dezember in Kraft. Unberührt durch die Verordnung bleibt das materielle Feiertagsrecht. Die Verordnung ist erlassen, um veraltete Bestimmungen zu beseitigen und um einen Ausgleich zu schaffen zwischen religiösen Empfindungen sowie zwingenden praktischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der Gegenwart.

Interkonfessionelle Friedenskundgebung.

— Berlin, 2. Dezember.

Unter dem Vorsitz des Superintendenten Ungnad vom Evangelischen Friedensbund veranstaltete die „Arbeitsgemeinschaft der Konfessionen für den Frieden“ in Berlin eine Kundgebung für die Abrüstung. Vertreter der Behörden, der Kirchen und der Diplomatie waren anwesend. Professor D. Piper behandelte das Thema: „Abrüstung als religiöse Forderung.“ Georg Bernhard schilderte die Gefahren der Vervollständigung der Kriegstechnik. Dominikanerpater Strätman widmete sein Referat dem Gedanken, daß es religiöse Friedensstreben den Glauben an seinen Sieg nie aufgeben dürfe. Das Schlusswort sprach Direktor Wassermann.

Französisch erste Fremdsprache.

Von Ostern ab. — Erlass des preussischen Kultusministers. Der preussische Kultusminister veröffentlicht folgenden Erlass:

Von Ostern 1932 ab ist an allen grundständigen höheren Schulen das Französische die erste neuere Fremdsprache. Zu Ostern 1932 haben demnach auch die Schulen, die bisher mit dem Englischen als Fremdsprache begannen, das Französische in den neu zu errichtenden Sexten, die Schulen, die mit Latein anfangen, allgemein das Französische in den neuen Quartalen, einzuführen. Bei Beginn der zweiten neueren Fremdsprache können die Schulen zu gegebener Zeit sich entscheiden, welche Sprache Hauptsprache werden soll.

Um das Uniformverbot.

Die Auffassung der preussischen Regierung.

Unter Bezugnahme auf die Entscheidung des Reichsgerichts, das Uniformverbot des rheinischen Oberpräsidenten sei ungültig, erklärt der Berliner Polizeipräsident, hier handle es sich um einen Sonderfall. Das am 9. April in Berlin erlassene Uniformverbot gegen die NSDAP. werde dadurch nicht berührt und bleibe bestehen. Ebenso soll auch die preussische Staatsregierung den Standpunkt einnehmen, daß die in den übrigen Provinzen erlassenen Uniformverbote durch die Entscheidung des Reichsgerichts ihre Gültigkeit nicht verloren haben.

Englische Sonderzölle für Obst und Gemüse.

Das englische Unterhaus stimmte einem Antrag des Landwirtschaftsministers Gilmour, Sonderzölle für Obst und Gemüse einzuführen, mit 366 gegen 49 Stimmen zu.

„Das Ganze lehrt!“

Tschanghsuehliang gibt den Rückzugsbefehl.

— Peking, 1. Dezember. Halbamtlich wird mitgeteilt, daß Marschall Tschanghsuehliang allen chinesischen Streitkräften zwischen Tschingtschau und Mukden den Befehl zum Rückzug auf Tschingtschau gegeben hat. Alle Feindseligkeiten gegen die Japaner sollen eingestellt werden.

Keine weitere Ausgabe von ungedeckten Pfundnoten.

— London, 1. Dezember. Das Schatzamt hat beschlossen, den ungedeckten Notenumlauf auf seiner bisherigen Höhe zu erhalten und hat die Laufdauer der Verfügung vom 1. August, durch die der Bank von England gestattet worden war, den ungedeckten Notenumlauf um 15 Millionen auf 275 Millionen Pfund zu erhöhen, um weitere 14 Tage bis zum 14. Dezember ausgedehnt.

Schicksal in der polnischen Armee.

— Posen, 2. Dezember.

Vor dem Militärgericht in Posen fand eine Verhandlung gegen den Schützen Bruno Klamke aus Eliza statt, der beim polnischen 68. Infanterieregiment diente. Klamke ist wegen Spionage angeklagt. Die Verhandlung wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Das Urteil lautete auf Todesstrafe. Die Verteidigung reichte ein Gnadengesuch ein.

Tarifkündigungen in Schlefien.

Der Kampf um die Wiederinbetriebnahme der Wenzeslaus-Grube.

Die Lohnabkommen für das Waldenburger und Neuroder Revier sind vom Grubenverband zum 31. Dezember gekündigt worden. Der Arbeitgeberverband der Oberschlesischen Montanindustrie hat mit Rücksicht auf die Ungewissheit der Entwicklung des Rohlenmarktes die Lohnsätze für den Steinkohlenbergbau und die Manteltarife zum 31. Dezember vorläufig gekündigt.

Der Vorbereitungsausschuss zur Bildung einer Betriebsgemeinschaft der Wenzeslausgrube hat seine Arbeiten abgeschlossen. Es wurde eine Bergbaugenossenschaft m. b. H. mit dem Sitz in Ludwigsdorf (Kreis Neurode) gegründet.

Sturmweather in Italien.

Ueberschwemmungen an der Adria — Auch Menschenleben zu beklagen.

— Rom, 2. Dezember

In Italien tobt ein schweres Unwetter, das an verschiedenen Orten auch Menschenleben forderte. In der Nähe von Neapel stürzte ein Haus ein, das vier Personen verschüttete. Ein Kind wurde getötet. Auch in Neapel selbst verursachte der starke Regen Erdstürze und Ueberschwemmungen. In Caltagirone wurden durch den Einsturz einer Kirche zwei Kinder getötet, während ein drittes verletzt wurde. Infolge der anhaltenden Regengüsse sind mehrere Flüsse über die Ufer getreten. So wurden die tiefer gelegenen Stadtteile von Pescara überflutet. So daß das Telegraphen- und das Postgebäude isoliert wurden. Der Fluß Vilmo bei Cassino überschwemmte weite Strecken bebauten Landes. Ein Bauernhaus stand bis zum ersten Stockwerk unter Wasser. Die Familie war aber trotzdem nicht zu retten. Das gefährdete Gebäude zu bewegen. Eine starke Bora rief in Triest Fenster von den Gebäuden und brachte Schornsteine zum Einsturz. Zwei Fußgänger trugen schwere Verletzungen davon.

Professor Fehner †.

— Schreiberhau, 2. Dezember

Der blinde Maler Professor Hans Fehner ist nach dreitägigem Krankenlager an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben. Prof. Fehner konnte noch im vorigen Jahr seinen 70. Geburtstag feiern. Er wurde am 7. Juni 1860 in Berlin geboren. Fehner war ein Schüler von Dehner und ein Freund Wilhelm Raabes, von dem er das erste Porträt gemalt hat.

Total- und Provinzialnachrichten.

— Bielefeld. Goldene Hochzeit. Heute, am 3. Dezember, feiern die Eheleute Adolf Haase und Frau Henriette, geb. Heibrock, in Bielefeld, Wittekindstraße 48, das Fest der goldenen Hochzeit. Herr Haase war 23 Jahre in Bethel tätig, und zwar in der Landschaftsgärtnerei. Viele hier in Bethel nehmen Anteil an der Freude des Jubelpaares und wünschen ihm Gottes reichen Segen und auch für eine weitere Zukunft fröhliches Zusammenleben.

Mitteilung.

Herr Pfarrer Dr. R. Burdhardt-Goldern teilt mit, daß der Dichter der beiden Gedichte in der Beilage Nr. 272 „Die Teilung“ und „Es jährt sich und klärt sich“, der Bapler Kirchenhistoriker und Liederdichter Professor Karl Rudolf Hagenbach ist.

Hinweis.

Im Inseratenteil unserer heutigen Ausgabe steht eine Anzeige der öffentlichen höheren Schulen Bethels, auf die wir auch an dieser Stelle ganz besonders hinweisen.

Weihnachtsbitter.

Je dunkler die Zeit, je heller das Licht,
Das aus dem Stall in Bethlehem bricht.
Wer seines rettenden Glanzes gewiß,
Sei Träger des Lichts in die Finsternis!

Wie! Ist es um. Unsere Freunde werden zu denen gehören, die am willigsten der „Winterhilfe“ dienen. Vielleicht fällt aber doch auch in diesem Winter ein Weniges ab für die 150 Kinder in unserm Elchhof. Alles was Freude macht, ist willkommen. Geldspenden beliebe man auf das Postfachkonto 14127 Hannover des Evang. kirchl. Erziehungsvereins in Schweicheln zu überweisen. Gott segne Geber und Gaben.

Schweicheln (Kr. Herford), Nov. 1931.

Pastor Bellingrodt.

Weihnachtsbitter.

der Heilerziehungs- und Pflegeanstalt Scheuern bei Nassau a. d. Lahn.

Notzeit und Notverordnungen haben auch in unsere Anstaltswirtschaft einschneidend und besorgniserregend eingegriffen. Dessenungeachtet erwarten unsere 675 Schwachsinnige und Epileptiker Weihnachtsfreude in Weihnachtsgaben! Wer hilft mit, daß sie nicht ganz enttäuscht werden?

Wir bitten um Gaben für die Weihnachtsbescherung und danken im Voraus im Namen unserer Kinder!

Der Anstaltsvorstand: Der Direktor und Hausvater:
Martin, Dehan, Todt,
Vorsteher.

Das Postfachkonto der Anstalt ist 4000 bei dem Postfachamt Frankfurt a. M., das Bankkonto 259 bei der Nass. Landesbank Nassau a. d. Lahn.

Herzliche Weihnachtsbitter der Krüppelanstalten Volmarstein i. W.

Nie fiel das Bitten mir so schwer,
wie heut, wo man sich fragt: Ja, wer,
wer kann denn noch an and're denken?
Wer kann noch geben, kann noch schenken,
wenn täglich einer klopft an,
der meint, er sei am schlimmsten dran?
Verordnet ist uns mancher Verzicht,
zu sparen an Kleidung, an Feuer und Licht.
Doch hab' ich von keiner Verordnung erfahren,
daß einer müßte an Liebe sparen.
Vielmehr ist verordnet von Gott dem Herrn,
daß jeder opfre von Herzen gern.
Wer liebend dem leidenden Bruder begegnet,
der wird zur Weihnacht doppelt gesegnet.

Wieder naht Weihnachten! Helfen Sie uns trotz der Not der Zeit, unseren 820 Krüppeln, Alten, Taubstummen und Siechen den Weihnachtstisch zu decken. Jede Gabe der Liebe, gleichviel ob Geld, Lebensmittel, Kleidung, Tabak, Spielwaren usw. ist uns willkommen.

Mit herzlichem „Vergelt's Gott!“ und herzlichem Segenswunsch zum Weihnachtsfest

Pastor Dietrich,
Leiter der Krüppelanstalten Volmarstein-Ruhr,
Postfachamt Köln 29 490.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Welpolitik. Dr. H. Hüttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schlieffach 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“. Christliches Tageblatt Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919. Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Ihre Vermählung geben bekannt

Pastor Hans Dieckmann und
Esther-Marie Dieckmann
geb. von Quad

Neustrelitz (Meckl), den 2. Dezember 1931.

Bielefelder Musikinstrumenten-Fabrik ERNST DAVID

gegründet 1885

prämiiert mit Ehrendiplom und goldner Medaille
liefert als Spezialität die von den

bevorzugten Flügelhörner (System Kuhl) sowie in bester Qualität auch alle anderen Blechinstrumente, empfohlen durch Pastor Kuhl in seinen „Posaunen-rufen“ — Seite 20-26
Katalog und Preisliste gratis.

Belustigungsgeräte f. Kinder

Karusselle, Schaukeln, Rutschbahnen, Sicherheitswippen, Berg- und Talbahnen. Die Geräte sind bequem in Zimmern und Sälen aufzustellen.

Viele Dankschreiben von Behörden, Heimen, Horden und dergl. Verlangen Sie bitte unverbindlich illustrierten Spezialkatalog 18.

Wilh. Prange, Spielplatz-Einrichtungen, Künsebeck i. Westf.

Tischbillard

für alt und jung, Anstalten und Vereine die beste Unterhaltung. In verschiedenen Preislagen von 25.— Mk. an.

Liebesgeschichten

Von Karl Josef Friedrich.

1. Teil: Fünfzig Liebesgeschichten, 2. Aufl. (geb. 3.—).
2. Teil: Das blaue Herz, (noch 50 Liebesgesch., geb. 3.—).

Kurze Geschichten aus dem Alltagsleben, mit Liebe, Leben, dem Kern der Dinge erfassend und zum Herzen des Lesers sprechend. Wer hat eine besondere Gabe, wenig beachtete Ereignisse zu erkennen und in das helle göttliche Licht zu stellen, Dingen auszuweichen und anzureichen, freudvolle Tage sonnenhell zu vergolden. — Ein schönes, wahrhaft christliches Buch für Bistliche, Mütter und lampende Männer. Jeder wird daraus etwas lernen.

Bestellungen durch jede Buchhandlung
Verlag Ludwig Angelst, Dresden-N. 27

Öffentliche höhere Schulen der Betheler Anstalten

1. Friedrich von Bodelschwingh-Schule. Aufbauschule (U III bis O I). Aufnahme nach sieben Volksschuljahren.
2. Sarepta-Schule. Lyzeum (VI bis U II). Aufnahme nach vier Grundschuljahren.

Beide Schulen sind mit Schülerheimen verbunden und bieten Gelegenheit zur Anfertigung der Schularbeiten unt. Aufsicht.
Anmeldung bei den Direktoren vormittags 11 bis 1 Uhr in den Schulgebäuden (Pella- bzw. Bauweg).

Stellengefuche und Angebote haben im „Aufwärts“ großen Erfolg!

Durch Kontrolle des vereidigten Ehe-miters Dr. Robins, Bielefeld, ist die Echtheit meines

Bienen-Blüten-garant.
Honig.

Dose 9 Pf. netto 10.30 RM, normierend
Aloe-Blütenblüte 11.00 RM, h. the
Dose 5.00 RM und 6.70 RM, 1 Pf. Paket
Mato-Tee 2 Pf. frei Haus. Nach-nahme 30 Pf. mehr. Gar. Rücknah-me.
Krieger, Borgeln 2, Kr. Soest.
Dieser Honig ist auch in Dphit, vereidigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel, zu haben.

Pianos

Harmoniums

erstklassige und solide
Fabrikate.

Mäßige Preise! Bequeme Teil-zahlungen

Bielefelder Piano- u. Harmonium-Werk.

Otto Stierstadt

Bielefeld, Ellersstraße 17,
gegr. 1903. Tel. 3757

Bethel.

— Beamtenfürsorge. Zu einer Mitgliederversamm-lung am Montag, den 14. Dezember dieses Jahres, nach-mittags 5 Uhr werden hierdurch alle Mitglieder der Kasse eingeladen.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Rechnungslegung, Bericht der Revisoren und Entla-fung des Rechners.
3. Ernennung von drei Rechnungsrevisoren.
4. Erfahrung für auscheidende bzw. ausgeschiedene Vorstandsmitglieder.
5. Neuordnung der Versicherung der Arbeiter und Ar-beiterinnen.
6. Beschlußfassung über Anträge von Mitgliedern.
7. Verschiedenes.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung wird an § 22 e der Satzungen erinnert, wonach Anträge, welche in der Mit-gliederversammlung beraten werden sollen, mindestens 24 Stunden vor der angesetzten Eröffnungszeit an den Vorsitzenden des Kassenvorstandes zu richten sind.

Bethel, den 1. Dezember 1931. Der Kassenvorstand.